



Milobader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1,35 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulation Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Heuberg Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enztaldruckerei & Co., Wildbad; Forstheimer Gemeindefabrik Wildbad. — Postfach Nr. 2174 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einseitige Zeitzeile oder deren Raum im Bezirk Preis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamezeile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anstufungsteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontursachen oder wenn gerichtliche Beistellung notwendig wird, fällt jede Nachschreibung weg.
Druck. Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 94, Tel. 479. — Zeichnung: W. Hubertus

Nummer 160

Februar 479

Donnerstag den 12. Juli 1933

Februar 479

68. Jahrgang.

Deutsche Waren an die erste Stelle!

NSK Das „Kuratorium für deutschen Volkswirtschaftsdiens“ schreibt:

Der Kampf um die Arbeitsbeschaffung, um die Eingliederung der noch arbeitslosen 5 Millionen deutscher Volksgenossen hat unter Führung der Reichsregierung mit allen Mitteln eingeleitet. Neben den gewaltigen Maßnahmen der Regierung muß jedoch der deutsche Verbraucher treten. Von der Erkenntnis ausgehend, daß jeder Verbraucher gleichzeitig Arbeitgeber seiner deutschen Volksgenossen ist, wird es in Zukunft weit mehr als bisher notwendig sein, daß sich der Verbraucher einheitlich auf den Kauf deutscher Waren und Erzeugnisse einstellt. 8 Milliarden Reichsmark nicht unbedingt notwendiger Einfuhr für den deutschen Arbeitsmarkt bedeuten nicht weniger als drei Millionen Erwerbslose. Jeder Pfennig, der für deutsche gleichwertige Erzeugnisse an Stelle ausländischer angewendet wird, gibt deutschen Arbeitern Arbeit und Brot.

Allerdings muß der Verbraucher in die Lage gesetzt werden, durch ein einheitliches allgemein bekanntes und anerkanntes Zeichen eine deutsche Ware überhaupt zu erkennen. Abgesehen von einigen wenigen Markenartikeln, fehlt aber dem Verbraucher bis jetzt jede Möglichkeit einer solchen Kontrolle. Und selbst bei diesen Markenartikeln weiß man nicht immer, ob sie nun tatsächlich in Deutschland von einem deutschen Unternehmen hergestellt worden sind.

Die erste Voraussetzung dieses Kampfes um Arbeitsbeschaffung ist also eine allgemeine und einheitliche Kennzeichnung des deutschen Erzeugnisses. Der Verbraucher muß dazu erzogen werden, daß er überall da, wo deutsche Qualitätserzeugnisse vorhanden sind, möge es nun auf landwirtschaftlichem oder industriellem Gebiete sein, deutsche Erzeugnisse kauft. Er kann hierzu erzogen werden, wenn er durch ein einheitliches deutsches Warenzeichen über den deutschen Charakter einer Ware unterrichtet ist.

Von diesem Gesichtspunkte her gewinnt die Aufgabe des Kuratoriums für Deutschen Volkswirtschaftsdiens e. V., Berlin W 8, Mauerstraße 61-62, ein einheitliches deutsches Warenzeichen einzuführen, eine besondere Bedeutung auch für die Arbeitsbeschaffung. Der Erzeuger soll durch die Führung des Zeichens in die Lage gesetzt werden, seinen Abnehmerkreis im Inland zu erweitern und damit gleichzeitig neue Arbeitskräfte einzustellen. Der Händler wird infolge der mit der neuen Arbeitseinstellung verbundenen Hebung der Kaufkraft einen höheren Umsatz erzielen und gleichzeitig durch bevorzugtes Angebot mit dem deutschen Wirtschaftskreis gekennzeichneten Ware auch seinerseits die Funktion des Arbeitgebers des ganzen deutschen Volkes erfüllen.

Schließlich soll, da mit dem Zeichen eine gewisse Güte verknüpft ist — nur die für ihre Zwecke brauchbare Ware soll das Zeichen erhalten — auch die Ausfuhr, insbesondere nach den überseeischen Ländern mit Hilfe des Zeichens gefördert werden, ähnlich wie auch früher der Ursprungsvermerk „made in Germany“ sich als ausfuhrfördernd erwiesen hat.

Als praktische Folgerung ergibt sich hieraus nun für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Verbraucherschaft:

1. die Notwendigkeit, daß jeder Erzeuger deutscher Ware das Recht zur Führung des Zeichens erwirbt und daß seine Ware, soweit es sich um deutsche Erzeugnisse handelt und von einer gewissen Güte sind, durch das Zeichen als solche kenntlich gemacht wird;

2. die Notwendigkeit für den Händler, die Verbraucherschaft ständig auf das Zeichen hinzuweisen, beispielsweise durch Auslagen, Reklame, bevorzugtes Angebot usw.;

3. die Notwendigkeit für den Verbraucher, durch Kauf gezeichneter Waren seine Funktion als Arbeitgeber des deutschen Volkes zu erfüllen.

Es wird sogar in Verbindung hiermit in Erwägung zu ziehen sein, ob nicht diejenigen Verbraucher, die entsprechend ihrem Einkommen ganz besonders durch den Kauf deutscher mit der Marke versehenen Erzeugnisse Arbeitsbeschaffung gefördert haben, für ihre praktische Mitarbeit an der Arbeitsbeschaffung in irgendeiner Form besonders auszuzeichnen sind.

Wird so eine organische Mitarbeit zwischen Erzeuger, Händler und Verbraucher unter dem deutschen Wirtschaftsdiens erzielt, so wird der Reichsregierung im Weg der Selbsthilfe aller Volksteile die wertvollste Unterstützung geleistet, und es wird das Ziel, drei Millionen arbeitslosen wieder Arbeit und Brot zu geben und gleichzeitig Deutschlands Wirtschaft stärker zu machen, in kurzer Frist erreicht werden.

Heilbad Hoheneck Ludwigsburg, Hoheneck am Neckar
gegen Gicht, Rheuma, Verdauungsstörungen, Erkrankungen der Leber und Gallenwege, Zucker, Nervöse Herzaffektionen, Katarakte der Schilddrüse
Prospekte durch die Bäderverwaltung

Tagespiegel

Reichskanzler Hitler empfing am Dienstag nachmittag im Braunes Haus in München den Besuch einer italienischen Studentengesellschaft aus Perugia unter Führung des Professors Capor. Die Gäste brachten die freundschaftlichen Gefühle der italienischen Jugend Italiens für den Nationalsozialismus und dessen Führer zum Ausdruck.

Der badische Innenminister hat die Aufhebung von Maßnahmen gegen katholische Organisationen, die durch das Konkordat anerkannt sind, angeordnet. Die gegen die Organisationen des Zentrums getroffenen polizeilichen Maßnahmen bleiben bestehen.

In einer machtvollen Kundgebung in Berlin wurde am Mittwoch der endgültige Zusammenschluß aller deutschen Kriegssopfer in der nationalsozialistischen Kriegssopfervereinsorganisation beschlossen.

Die Deutsche Bauernschaft hat ihre Auflösung beschlossen. Sie wird der bäuerlichen Einheitsorganisation eingegliedert.

In Berlin fand am Mittwoch eine eingehende Aussprache der Wirtschaftsminister der Länder mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt statt.

Die Sammlung unter den Reichspostbeamten für die Stiftung Opfer der Arbeit hat bereits einen Betrag von 56 000 RM. ergeben.

Der Bund der Wandervögel hat sich aufgelöst. Die Mitglieder werden in die Hitlerjugend übergeführt.

Der Oberbürgermeister von Nachen, Rombach, ist beurlaubt und an seine Stelle Kurt Janßen eingesetzt worden.

In Berlin fand am Mittwoch eine Zusammenkunft der Gauleiter der NSDAP. aus dem ganzen Reich statt, die durch das Erscheinen Adolf Hitlers eine besondere Bedeutung erhielt.

Wehrkreispfarrer Müller sprach am Mittwochabend über den Deutschlandstempel über die neuen Aufgaben der Kirche und des Kirchenvolkes.

Die formale Schlußsitzung der Weltwirtschaftskonferenz soll am 26. Juli stattfinden.

Balbos Geschwader ist in Labrador eingetroffen.

Veröffentlichung der Kirchenverfassung Ende dieser Woche

Berlin, 12. Juli. Wie das WdJ-Büro meldet, ist mit der Bekanntgabe des Wortlauts des neuen evangelischen Verfassungswerks für Ende dieser Woche zu rechnen. In den Rahmen des Entwurfs sollen noch eine Anzahl Einzelbestimmungen eingearbeitet werden, die sich besonders mit den kirchlichen Verbänden wie der inneren und äußeren Mission beschäftigen. Aufgabe der nächsten Monate werde dann die regionale Neugliederung der evangelischen Kirche sein, womit die Gleichschaltung der Kirchenvertretungen verbunden werden soll. Nach Ansicht unterrichteter Kreise werden die Kirchenvertretungen zu durchschnittlich 75 bis 80 Prozent aus Nationalsozialisten bestehen. Das gesamte Reformwerk soll so beschleunigt werden, daß es bis zum 10. November, dem 450. Todestag von Dr. Martin Luther, bereits in Wirksamkeit sein kann. Bis dahin dürfte auch die Reichsbischofsfrage entschieden sein.

Der Reichskanzler an Wehrkreispfarrer Müller

Berlin, 12. Juli. Reichskanzler Adolf Hitler hat an Wehrkreispfarrer Müller das nachstehende Telegramm gerichtet: „Mit Freude habe ich von der Vollenendung des Verfassungswerkes Kenntnis genommen. Möge damit die Grundlage für die Einigkeit und Freiheit der evangelischen Kirche geschaffen sein.“

Reichskanzler Adolf Hitler.

Schreiben des Reichspräsidenten an D. Dr. Kapler

Berlin, 12. Juli. Der Herr Reichspräsident hat an den in den Ruhestand getretenen Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats und des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses D. Dr. Kapler das nachstehende Schreiben gerichtet:

Neudeck, den 9. Juli 1933.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ihrem Schreiben vom 1. d. M. habe ich mit lebhaftem Bedauern entnommen, daß Sie aus zwingenden Gesundheitsgründen aus Ihren Ämtern als Präsident des altpreussischen evangelischen Oberkirchenrats und des Deutschen evangelischen Kirchenausschusses ausgeschieden sind.

Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen aus diesem Anlaß namens des Reichs sowie eigenen Namens herzlichsten Dank und vollste Anerkennung auszusprechen für alles, was Sie in langjähriger unermüdlicher Arbeit in schweren Jahren für unsere evangelische Kirche und damit für das deutsche Vaterland geleistet haben. Ihr erfolgreiches und stets

Nach einer Mitteilung der „Fränkischen Tageszeitung“ findet der Reichsparteitag der NSDAP. Anfang September in Nürnberg statt.

In Potsdam fand am Mittwoch die feierliche Eröffnung der Reichsjugendführerschule statt.

Die Reichsbahn lehnt eine Senkung der Personentarife ab.

Am 1. Oktober jeden Jahres soll künftig in allen deutschen Gauen ein großes deutsches Erntefest stattfinden.

Am Mittwoch fand in Berlin eine Tagung der Gauleiter und der Landesobmänner der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO.) unter Vorsitz des Führers der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley statt.

Das Reich beteiligt sich an den Kosten für die Vollstreckung der Schutzhaft.

Prof. Dr. D. Simon-Lübingen wurde vom Papst zum Domprobst von Paderborn ernannt.

„Graf Zeppelin“ ist Mittwochabend auf der Rückfahrt von Pernambuco in Friedrichshafen glatt gelandet.

In Nürnberg sind zwei Kommunisten, Brüder Xaver und Konrad Müller, die am Dienstag einen Überfall auf den SA-Mann Johann Langensfelder aus Zirndorf verübt haben, verhaftet worden.

Der Hauptgewinn der 4. Klasse der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie in Höhe von 100 000 M. fiel auf Nummer 56 788. Der Gewinn fiel in der ersten Abteilung nach Niederschlesien, in der zweiten nach Schleswig-Holstein.

Einige reichsdeutsche SA-Leute, die versehentlich die österreichische Grenze überschritten, wurden verhaftet und nach Innsbruck gebracht.

Die Ankunft des Seefluggeschwaders von Geonau in Danzig gestaltete sich zu einer großen nationalen Kundgebung.

Das österreichische Bundeskanzleramt hat die Verbreitung der Münchener Telegrammzeitung in Oesterreich bis zum 10. Oktober verboten.

Der österreichisch-polnische Handelsvertrag ist von den Unterhändlern in London unterzeichnet worden.

von hohem nationalem Verantwortungsbewußtsein getragenes Wirken sichert Ihnen den bleibenden Dank der evangelischen Kirche. Möge Gottes Segen Sie auch in den wohlverdienten Ruhestand begleiten.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Hochachtung bin ich Ihr ergebener
(gez.) von Hindenburg.

Die Grundzüge des kirchlichen Verfassungswerks

Berlin, 12. Juli. Ueber die Grundzüge der Verfassung der neuen deutschen evangelischen Kirche wird dem evangelischen Presseamt von unterrichteter Seite u. a. folgendes mitgeteilt:

Die neue deutsche evangelische Kirche ist keine Staatskirche. Die Eigenständigkeit der reformatorischen Bekenntnisse ist verfassungsmäßig gesichert. Ueber dem Bekenntnis steht als einzige Autorität das Evangelium, wie es in der Heiligen Schrift bezeugt ist. An der Spitze der neuen Kirche steht als Führer ein Reichsbischof, der dem lutherischen Bekenntnis angehören muß. Das Führerprinzip wird ergänzt durch die Mitwirkung des Kirchenvolkes, die in der Nationalkonferenz ihren Ausdruck findet. Neben dem Reichsbischof tritt unterstützend das geistliche Ministerium; es besteht aus drei Theologen und einem rechtskundigen Mitglied. Die Arier-Abwehr betrifft den theologischen Führernachwuchs, jedoch nicht die Mitgliedschaft der Gemeinde Christi.

Henderson auf der Rundreise

Berlin, 12. Juli. Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat seine Rundreise an den maßgebenden Hauptstädten mit dem Besuch in Paris begonnen, nachdem man in Paris den Besuch eine ganze Woche hinausgeschoben hatte. So blieb Henderson für seine Verhandlungen mit Ministerpräsident Daladier und Außenminister Paul-Boncour nur ein Tag übrig. Es fanden zwei Besprechungen statt. Wie es scheint, hat Henderson in Paris nichts erreicht; es wurde ihm auseinandergesetzt, daß und warum Frankreich in der Abrüstung nicht nachgeben könne. Daladier teilte der Presse mit, Henderson habe bewiesen, daß er den französischen Standpunkt vollständig verstehe. Dieser Standpunkt ist bekanntlich der ganze alte Kreis von Sicherheitsforderungen, der neuerdings durch die Forderung nach einer scharfen internationalen Abrüstungsüberwachung vor jeder Abrüstungsmöglichkeit eine neue Gestalt angenommen hat. Das Ansehen Hendersons hat schon während der Konferenz nicht ausgereicht, um die dort Versammelten der einzelnen Länder zu einer erprießlichen Aussprache zu bringen. Nichts begründet die Hoffnung, daß er jetzt durch Einzelverhandlungen mehr erreichen wird. Dazu kommt, daß gerade für Frankreich Henderson nie „angenehme Person“ war und daß die französische Regierung es lieber gesehen hätte, wenn er die jehaen Verhandlungen nicht selbständig, sondern in Begleitung von Mit-



